

Editorial



Auf zu neuen Ufern?

Sicher ist, dass uns das neue Jahr 2013 das Ende der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages beschert. Aber was sonst noch? Krankenkassen und Gesundheitsfonds sind mit finanziellen Mitteln ungewöhnlich üppig ausgestattet, wenn auch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Am Anfang der Legislaturperiode hätte das sicher niemand prognostiziert. Dies alles ist dem Zusammenfallen dreier Faktoren zu verdanken: Der Kostendämpfungspolitik, der konjunkturellen Entwicklung und der diese beiden Faktoren noch nicht antizipierenden üppigen Beitragssatzfestlegung auf 15,5 % und sicher nicht zuletzt auch dem Schuldenabbau der Krankenkassen. Trotz oder gerade wegen dieser Situation haben die Verhaltensmuster der Branchenteilnehmer eigentümliche Ausprägungen angenommen. Noch nie war das Betriebsklima zwischen den Protagonisten der Branche so schlecht wie heute. Die einen haben Schwierigkeiten damit, ihre Umsatzerlöse der Vergangenheit im gewohnten Umfang zu realisieren, die anderen konzentrieren sich im Wettbewerb der GKV auf die Vermeidung von Zusatzbeiträgen und sparen an allen Ecken und Kanten. Das macht das Geschäft der gemeinsamen Selbstverwaltung der Vertragspartner schwieriger. Investive Risiken, die über den Planungshorizont des Haushaltsjahres hinausweisen, sind eher selten. Daher gibt die Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung schon Anlass zur Sorge. Jeder steckt in den Startlöchern zur Sicherung und Ausgestaltung seines Status Quo, obwohl die Herausforderungen und der Bedarf der souveränen werdenden Patienten und Versicherten auf einen anderen Trend weisen – nämlich klar auf mehr Ergebnis- und Prozesseffizienz. So bewegt sich noch nicht viel in Angelegenheiten der Prozesseffizienz, in der Überwindung der starren Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung zum Beispiel. Es gibt gute Beispiele für das Funktionieren einer vernetzten und integrierten Versorgung. Die sind projekt- und regionalbezogen nachvollziehbar, haben aber noch viel zu wenig Flächenpotential. Mit Blick auf künftige

gesundheitspolitische Gestaltungsfelder der nächsten Legislaturperiode muss hier sicher einiges mehr und entschiedener angepackt werden – trotz Versorgungsstrukturgesetz. Doch wo sind die programmatischen Würfe? Sie fehlen, sowohl in der Politik als auch bei den Branchenpartnern. Im Jahre 2013 könnte hier noch einiges bewegt werden. Die Herausforderungen liegen auf der Hand und die Abschaffung der Praxisgebühr, die Kürzungen der Steuerzuschüsse und die künftigen Mehrausgaben in der Status-quo-Versorgung lassen die Überschüsse schnell abschmelzen. So wird der Umbau des Gesundheitsfonds mit der Wiedereinführung kassenindividueller Beiträge ebenso zu diskutieren sein wie die Weiterentwicklung der Versicherungsmärkte: Die Systemfrage also ebenso wie die Möglichkeiten des stärkeren Ineinandergreifens von ambulanter und stationärer Versorgung. Hier sind Lösungen gefragt, die den Versicherten, insbesondere den Patienten, eine umfassende und qualitativ gute medizinische Versorgung diskriminierungsfrei mit guten Ergebnissen und ohne finanzielle Überforderungen sichern können. Auf zu neuen Ufern also? Angesichts der Wahlen in Niedersachsen, in Bayern und im Bund werden wir bald schon mit Wahlkampfdiktionen konfrontiert. Es wird sich dann zeigen, ob – wie so häufig – Vieles versprochen, oder ob Zukunftsweisendes auf den Weg gebracht wird. Doch Politik allein wird es nicht richten. Es liegt zu einem guten Teil an den Branchenpartnern selbst, ob sie die strategischen Möglichkeiten im vorgenannten Sinne ergreifen. Wir freuen uns auf gute Debatten und greifen die Themen auf.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Rolf Stuppardt